

LOTHAR SCHRÖTER

Von der »NATO I« zur »NATO II«

Am 4. April 1999 wurde die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) 50 Jahre alt. Vom 23. bis 24. April 1999 fand aus diesem Anlaß in Washington ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der Bündnismitglieder statt. Es markierte – wie wir heute mit einem Jahr Abstand deutlich erkennen – das Ende der »NATO I« und den Übergang zur »NATO II«.

Was bedeutet dieser Übergang, wodurch unterscheiden sich beide »NATO-Varianten«? Untersucht wird zunächst, worin das Wesen der »NATO I« bestand und zu welchen Veränderungen es im Verlauf der Blockkonfrontation kam.

Die »NATO I« – ein Verteidigungsbündnis?

Nähern wir uns der Antwort auf direktem Weg: Bisher konnte nirgendwo ein Hinweis darauf zutage gefördert werden, daß im Osten Europas eine Aggression gegen den Westen – etwa nach dem Vorbild des »Falles Weiß« oder des Planes »Barbarossa« Nazideutschlands – politisch gewollt und militärisch vorbereitet wurde. Viel eher bestätigt sich, was in mittlerweile zugänglichen Dokumenten des Westens an Einschätzungen über die Absichten des Ostens und über die Rolle seiner militärischen Potentiale nachzulesen ist: Die Sowjetunion und ihre Verbündeten hatten nicht oder, wie mitunter formuliert wurde, zumindest nicht in jeweils absehbarer Zeit vor, einen Krieg vom Zaun zu brechen.

Nach Kriegsende, am 22. November 1945, äußerte der frühere britische Außenminister R. Anthony Eden: »Wir wissen, daß sich die russischen Maßnahmen (in Osteuropa – L.S.) nicht gegen uns richten.«¹ Ähnliche Aussagen finden sich mehrfach in Geheimdokumenten der USA aus den vierziger und den fünfziger Jahren.² In einem Papier vom Februar 1957, das unter Regie von Generalleutnant a.D. Adolf Heusinger, vormals Chef der Operationsabteilung des Heeres der Wehrmacht, dann erster Generalinspekteur der Bundeswehr, erarbeitet wurde, trauten die Bonner Militärexperten der UdSSR nicht einmal Absicht und Energie für die Anzettelung lokaler militärischer Aktionen an der Peripherie ihres Machtbereiches zu.³ 1974 äußerte dann der britische Außenminister James Callaghan: »Niemand von uns glaubt, daß die gegenwärtigen sowjetischen Führer den Wunsch hegen oder die Absicht hätten, Akte der militärischen Aggressionen gegen den Westen durchzuführen.«⁴ Ähnliches findet sich in der 1978 von allen NATO-Staaten angenommenen »Ost-West-Studie«⁵.

Lothar Schröter – Jg. 1952; Dr.sc.phil., Major a.D. der Nationalen Volksarmee der DDR, studierte zwischen 1970 und 1974 Geschichte und Russisch an der Pädagogischen Hochschule »Clara Zetkin« Leipzig und von 1975 bis 1978 Militärgeschichte, lehrte bis 1990 am Militärgeschichtlichen Institut der DDR in Potsdam (1981 Promotion, 1987 Habilitation).

Der vorliegende Beitrag ist die stark gekürzte Fassung eines Vortrages auf dem 1. Militärpolitischen Symposium des Brandenburger Vereins für politische Bildung »Rosa Luxemburg e.V.« am 23. März 1999 in Potsdam. Der vollständige Text erscheint im Sammelband »50 Jahre NATO – Bilanz und Perspektiven«, GNN-Verlag Schkeuditz, voraussichtlich im April 2000.

Auch jüngere Dokumente bedienen sich einer klaren Sprache. Seit dem Amtsantritt von William J. Clinton sollten nahezu sämtliche Lageanalysen Washingtons von 1945 bis 1983 öffentlich zugänglich gemacht werden, unter anderem auch die »Nationale Geheimdiensteneinschätzung 11-3/8-82« vom 15. Februar 1983 zu den »Sowjetischen Fähigkeiten für einen Strategischen Nuklearen Konflikt, 1982-92«. In ihr finden sich unter anderem folgende Einschätzungen:

die Aufrüstung der UdSSR sei kein Beweis genuin aggressiver Absichten, sondern der Versuch, die Folgen amerikanischer Rüstungspolitik abzumildern;

Moskau plane höchstwahrscheinlich keinen nuklearen Erstschlag gegen die USA, sondern lege das Schwergewicht von Ausrüstung und Ausbildung der Nuklearstreitkräfte auf die Führung eines Antwortschlages;

die sowjetische Militärdoktrin habe die Eindämmung einer NATO-Offensive und eine nachfolgende Gegenoffensive tief nach Westeuropa vorgesehen;

die strategischen Fähigkeiten der UdSSR richteten sich daran aus, einen größeren Angriff von seiten der USA vergelten zu müssen.⁶

Bundesdeutsche Expertisen fanden nach Einsichtnahme in die erreichbaren NVA-Dokumente ebenfalls keine Anhaltspunkte, die Planungen der Warschauer Vertragsorganisation für eine Aggression erkennen ließen.

Um so klarer die Bilanz nach Ende des Kalten Krieges aus US-amerikanischer Sicht – so zum Beispiel von Leslie H. Gelb, Ministerialdirektor im Washingtoner Außenministerium: »Die Sowjets waren uns zu keinem Zeitpunkt wirklich militärisch überlegen. Das war alles nur Teil des Psychodramas, das zur Rechtfertigung dafür dienen sollte, um alle US-Bürger in dem allgemeinen strategischen Wettkampf unserer beiden Völker und Philosophien auf der ›richtigen Seite‹ zu halten.«⁷ Dennoch gab es kaum eine Sitzung der höchsten NATO-Gremien, die nicht die Bedrohung durch den Osten beschwor. Man sollte denken, es wäre an der Zeit, daß hierzu das Bündnis selbst einmal ein ehrliches Resümee zieht. Sein 50. Jahrestag wäre dazu eine höchst geeignete Gelegenheit gewesen.

Wenn dies alles so zutrifft, gelangt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß die Gründung der NATO Aktion und keineswegs Reaktion war. Unbeschadet subjektiver Empfindungen und Ängste lag ihrer Entstehung jedenfalls keine unmittelbare militärische Bedrohung zugrunde. Unter diesem Aspekt war sie nicht gerechtfertigt und muß folglich anderen Zwecken gedient haben. Tatsächlich gab es für die Schaffung der NATO ein ganzes Bündel unterschiedlicher Interessen.

Mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg 1917 hatte der Abschied Washingtons von seiner Rolle als Regionalmacht, die durch die Monroe-Doktrin von 1823 auf den amerikanischen Kontinent beschränkt wurde, eingesetzt. Der Aufstieg zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt in den folgenden Jahrzehnten setzte die Alternative Regionalmacht oder Weltmacht auf die unmittelbare Tagesordnung. Den Hintergrund dafür bildeten die rigorosen weltwirtschaftlichen Ambitionen des gewaltigen Industrie-, Finanz-

1 Zit. nach Helmut Wolfgang Kahn: Der Kalte Krieg, Bd. 1, Köln 1986, S. 61.

2 In der »Strategischen Einschätzung« zum Plan »Dropshot« für einen Krieg gegen die UdSSR im Jahre 1957 – der Plan stammt vom 19. Dezember 1949 – heißt es, »daß die Sowjetunion gegenwärtig keine vorsätzliche bewaffnete Aktion plant, die darauf angelegt wäre, die Alliierten in einen Krieg zu ziehen; ferner ist es wahrscheinlich, daß sie ihre Ziele weiterhin hauptsächlich durch politische Mittel, begleitet von militärischer Einschüchterung, zu erreichen sucht«. Zit. nach Bernd Greiner, Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, Köln 1980, S. 199.

Greiner und Steinhaus als exzellente Kenner der Materie schätzen im übrigen ein: »Die internen Strategiepapiere der amerikanischen Regierung zeigen ebenso wie die Memoiren führender Staatsmänner jener Zeit sehr deutlich, daß diejenigen, die bereits 1945 an die Entfesselung eines 3. Weltkrieges dachten, niemals an eine wirkliche militärische Bedrohung durch die Sowjetunion geglaubt haben«. Ebenda, S. 24.

3 Vgl. Norbert Wiggershaus: Aspekte westdeutscher Bedrohungspereptionen 1946-1959, in: Jürgen Rohwer (Hrsg.): Feindbilder und Militärstrategien seit 1945, Bremen 1992, S. 70f. Doch nicht nur in militärischen, sondern auch in politischen Führungskreisen der BRD wurde in diesem Sinne Klartext gesprochen. Eine Denkschrift für die Bundesregierung im Zusammenhang mit der »Stalinnote« (März 1952) stellte fest, daß

die angeblich unmittelbare militärische Bedrohung durch Moskau »Propaganda des Westens«, die Politik der UdSSR hingegen defensiv und sie in doppelter Hinsicht »an einem Ausgleich« mit Bonn interessiert sei – »einerseits zwecks Herstellung normaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Deutschland und andererseits zwecks Verhinderung einer politischen und militärischen Integration Deutschlands in den Westen«.

Julius H. Schoeps (Hrsg): Richard Meyer von Achenbach. Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik. Eine unterdrückte Denkschrift aus dem Jahr 1953, Frankfurt/M. 1986, S. 28f.

4 James Callaghan: Großbritannien und die NATO, in: NATO-Brief, Heft 4/1974, S. 14.

5 Die »Study of long-term trends in East-West relations«, gemeinsam mit einem Langzeitrüstungsprogramm für den Zeitraum 1979 bis 1993 vom Gipfeltreffen der NATO-Staats- und Regierungschefs in Washington am 30./31. Mai 1978 verabschiedet, stellte sich als eine der bedeutendsten zur Festlegung der politischen Strategie der NATO in der Systemauseinandersetzung heraus, indem sie unter anderem zutreffend die schon kritische Lage des Realsozialismus erfaßte und die entsprechenden Schlußfolgerungen zog. Während auf der Gegenseite die Stoßrichtung der Studie durchaus richtig erkannt wurde, verweigerte man sich kategorisch der selbstkritischen Analyse.

und Agrarkapitals. Schon vor Ende des Zweiten Weltkrieges herrschte die Auffassung vor, daß das Wirtschaftssystem der USA, in dem es 1940 immerhin noch acht Millionen Arbeitslose gab, erneut in eine schwere Depression geraten könnte, wenn es nicht entschlossen seine Expansion in Übersee fortsetzen würde. Lange gezeichnet vom Schockerlebnis der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre, befürchteten manche sogar das Scheitern des sozioökonomischen Modells USA,⁸ nicht zuletzt auch weil es seit 1917 eine Alternative gab, die durchaus als ernstzunehmende Herausforderung begriffen wurde. Außenminister Cordell Hull verlangte daher bereits 1940: »Das Hauptziel ist die Wiedereröffnung der alten und die Suche nach neuen Absatzmärkten für unsere Überschußproduktion.«⁹ Wann sollte all das erreicht werden, wenn nicht nach 1945, als die USA als einzige Siegermacht sowohl politisch, moralisch und militärisch als auch wirtschaftlich enorm gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen waren und gleichzeitig zwei Hauptgegner auf der internationalen Bühne in jeder Beziehung darniederlagen? Und auf welchem Teil des Globus sollte sich die Erschließung und Ausweitung von Absatzmärkten richten, wenn nicht auf Europa, in das schon bislang die allermeisten Waren- und Kapitalexporte der USA geflossen waren und das in dieser Beziehung unersetzbar war – zumal dort nun auch die eigenen Truppen standen?

Das war die ursächliche Triebkraft für die endgültige Entscheidung gegen den »Isolationismus« und für den »Globalismus«, die mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges fiel. Diese Entscheidung konzentrierte sich in ihren Wirkungen auf Europa und stellte die Beschlüsse von Jalta zur Aufteilung Europas in Einflußsphären vom Februar 1945 zur Disposition. Der Konflikt mit der UdSSR wurde unausweichlich. Wohl deshalb ließ ein erfahrener Unterstaatssekretär im Washingtoner Außenministerium bereits wenige Tage nach der Kapitulation des faschistischen Deutschlands keinen Zweifel: »Ein künftiger Krieg gegen Sowjetrußland ist so sicher, wie irgend etwas in der Welt sicher sein kann ... Sobald die Konferenz von San Francisco (zur Gründung der UNO – d.V.) vorüber ist, sollte sich unsere Politik gegen die Sowjetunion versteifen ...«¹⁰

Eine weltpolitische Rolle zu übernehmen, bedeutete nun auch zwingend, sich politisch und militärisch auf dem »alten Kontinent« – in Europa – zu engagieren. Ohne eine institutionelle Verankerung in einem Militärblock war dies perspektivisch aussichtslos. Dafür fanden die USA überaus günstige Bedingungen vor. Sie standen bei der Bevölkering Westeuropas als Befreier von der deutsch-faschistischen Okkupation in höchstem Ansehen. Für Millionen von Menschen war das bürgerlich-parlamentarische System der USA beispielgebend für Demokratie und Menschenrechte. Das hob sie von der Sowjetunion ab, deren Verdienste bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands zwar ebenfalls hoch anerkannt waren, deren stalinistische Ordnung aber bei der Mehrzahl der Menschen auf Ablehnung stieß. Die USA waren als einziger Staat auch wirtschaftlich gestärkt aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Sie konnten den potentiellen Bündnispartnern deshalb umfangreiche Hilfe beim Wiederaufbau in Aussicht stellen, wie sie dann auf brei-

ter Front mit dem am 5. Juni 1947 verkündeten Marshallplan – als Initialzündung für das westeuropäische »Wirtschaftswunder« – tatsächlich einsetzte. Der Marshallplan war im übrigen offensichtlich von vornherein als wirtschaftliches Standbein der politisch-militärischen Blockbildung in Westeuropa angelegt und trug insoweit das Seine zur Spaltung des Kontinents bei.

Worin bestanden die langfristigen Ergebnisse der NATO-Gründung?

Erstens: Die Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes vollendete die Spaltung Europas. Obgleich dazu auch der Osten seinen Beitrag leistete, ging hierbei, wie später bei der Spaltung Deutschlands, die entscheidende Initiative von der westlichen Seite aus. Insoweit ist es keineswegs Zufall, daß die Zäsuren dieses Prozesses – Gründung der NATO, Schaffung des Warschauer Vertrages sowie Gründung der BRD und der DDR – jeweils vom Westen zuerst gesetzt wurden. Der berühmte Ausspruch, der Kanzler Adenauer im Kleinen zugeschrieben wird, galt sinngemäß auch für den Kontinent: »Lieber das halbe Europa ganz als das ganze Europa halb«. Außerordentlich begünstigend für den Kurs des Westens war die durchgängige Übertragung des sowjetischen Gesellschaftsmodells auf die von der Roten Armee befreiten Staaten Osteuropas und die starre Haltung Moskaus im Gefühl, die unangefochtene Siegermacht im Zweiten Weltkrieg zu sein. Die Verkündung der zuvor im Kontext mit den Entwicklungen im Westen¹¹ entwickelten Zweilager-Theorie durch den für Ideologiefragen zuständigen Sekretär des ZK der KPdSU Andrej A. Shdanow, Vertrauter des Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrates Jossif W. Stalin, auf einer hochrangigen Konferenz von kommunistischen Parteien in Polen Ende September 1947 war hierfür der vorläufige Höhepunkt. Die vormundschaftliche und autokratische Führung des sozialistischen Lagers durch Stalin und seine Nachfolger sowie gewagte militärische Machtdemonstrationen trugen in der Folge maßgeblich dazu bei, die Mitglieder der NATO zusammenschweißen.¹²

Allerdings wäre es falsch, allen NATO-Partnern von 1949 zu unterstellen, sie hätten die Spaltung Europas, den Kalten Krieg und den Rüstungswettlauf der folgenden Jahrzehnte gewollt. Nach den Erfahrungen mit Krieg und Okkupation strebten vor allem die kleineren Mitgliedstaaten nach Sicherheit in einem Bündnis.

Zweitens: Mit der Gründung der NATO wurde die West-Ost-Auseinandersetzung im gerade begonnenen Kalten Krieg auf die qualitativ neue Ebene der Konfrontation zwischen politisch-militärischen Blöcken gehoben, denn die adäquate Reaktion des Ostens war bald zu erwarten. Diese Konfrontation drohte bei zugespitzten politischen Konflikten in einen Weltkrieg zu münden, provozierte einen ungehemmten Rüstungswettlauf zu Lasten der sozioökonomischen Entwicklung von Milliarden von Menschen und hatte verheerende Auswirkungen auf ratio und emotio der Menschen – hunderte Millionen Männer, Frauen und Kinder betrachteten die andere Seite nur durch Raketenzüne. Diese mentale Degeneration ist keineswegs überwunden, sondern wird noch lange fortwirken. Sie äußert sich vor allem darin, daß alternatives und innovatives gesellschaftliches Denken, heute so notwendig wie

6 Vgl. Torsten Krauel: Force 2 gab den Anstoß zur Abrüstung. Was die CIA wirklich über Moskau wußte, in: Rheinischer Merkur, 5. Januar 1996.

7 Der Kalte Krieg. Eiszeit. Vom Entspannungskurs bis zur Rückkehr der Falken (1977-1981), in: wdr-Fernsehen, 26. September 1999, 21.00-21.45 Uhr.

8 Dean G. Acheson, der als USA-Außenminister 1949 den NATO-Vertrag unterschrieb, betonte schon 1944: Sollten die USA erneut in eine tiefe Rezession geraten, »dann dürfte klar sein, daß uns eine sehr schwere Zeit bevorsteht, was die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes betrifft. Wir können nicht noch einmal solch ein Jahrzehnt wie Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre durchmachen, ohne daß wir die weitreichendsten Konsequenzen für unser wirtschaftliches und soziales System tragen müßten«. Er ergänzte: »Wenn wir dieses Problem ins Auge fassen, dann läßt sich feststellen, daß es eine Frage der Märkte ist. Wir müssen dafür sorgen, daß das, was das Land produziert, unter finanziellen Bedingungen verwendet und verkauft wird, welche die Produktion erst ermöglichen«. Zit. nach William Appleman Williams: Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Frankfurt/M. 1973, S. 267.

9 William Appleman Williams: Die Tragödie ..., a. a. O., S. 265.

10 Josef C. Grew: Turbulent Era. A Diplomatic Record of Forty Years 1904-1945, Bd. II, Boston 1952, S. 1446; zit. nach Karl

Hubert Reichel: Wie macht man Kriege? Wie macht man Frieden, Dortmund 1973, S. 174 (2. Aufl.).

11 Bereits vor der von Shdanov vorgetragene Lagertheorie hatte Charles E. Bohlen, ein ranghoher Mitarbeiter im US-Außenministerium, am 13. März 1946 in einem Memorandum diese Theorie für die USA vorweggenommen. Er formulierte, »daß die Welt in zwei unversöhnliche feindliche Lager geteilt ist, das sowjetische und das nicht-sowjetische«.

Zit. nach Karl Drechsler: Die USA zwischen Antihitlerkoalition und Kaltem Krieg, Berlin (DDR) 1986, S. 203. Daran knüpfte Präsident Harry S. Truman in seiner Rede am 12. März 1947 an, indem er von den »zwei Lebensweisen« auf der Erde sprach.

Zit nach Klaus von Schubert (Hrsg.): Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977, Teil 1, Köln 1978, S. 63.

12 Paul-Henri Spaak, 1957 bis 1961 NATO-Generalsekretär, sagte in diesem Zusammenhang, daß in den Hauptstädten aller Bündnisländer ein Stalin-Denkmal aufgestellt werden müßte, um uns daran zu erinnern, was wir dem sowjetischen Diktator schulden, da er den Zement geliefert hat, der das Atlantische Bündnis zusammenhält. Vgl. Robert McGeehan: Die Vereinigten Staaten und die NATO nach dem Kalten Krieg, in: NATO-Brief, Heft 1/1990, S. 9.

13 Zit. nach Bernd Greiner, Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, a. a. O., S. 127.

kaum jemals, unter Verdikt gestellt ist. Der Kalte Krieg, der seine entscheidende Prägung durch die Blockkonfrontation erhielt, war so materiell und geistig der teuerste aller Kriege. Seine indirekten Folgen machten ihn auch zu einem der opferreichsten: In etwa 190 lokalen Kriegen, in die seit 1945 105 Staaten verwickelt waren und in denen Großbritannien 76mal und die USA 52mal eigene Streitkräfte einsetzten, wurden 20 Millionen Menschen ermordet, etwa 60 Millionen verletzt und ein unbeschreibliches Elend in aller Welt verbreitet. Es ist das Versagen des untergegangenen Realsozialismus, daß er auf die machtpolitische Herausforderung bis Mitte der achtziger Jahre vordergründig machtpolitisch antwortete. Ideenreichtum auch in der Sicherheits- und Militärpolitik war vor dem »Neuen Denken« zu wenig zu erkennen.

Drittens: Von den USA und allen sozialismusfeindlichen Kräften wurde die NATO von Anbeginn an als die wichtigste Basis für eine Politik der Stärke gegen den gesellschaftlichen Wandel im Osten konzipiert. Die Befreiung der Völker Osteuropas vom Faschismus hatte Moskau höchste internationale Autorität verschafft und verdeckte zeitweilig den stalinistischen Terror. Dieses Renommee strahlte bis weit nach Westeuropa aus. Es bestand mehr denn je die akute Gefahr, daß sich jenseits der Elbe ein gesellschaftlicher Gegenentwurf fest etablierte und sich möglicherweise sogar noch nach Westen erweiterte. Daß die Attraktivität dieses Gegenentwurfs durch mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Demokratiedefizite bald abnehmen würde, sahen Ende der vierziger Jahre die wenigsten voraus. So sollte das nordatlantische Militärbündnis die Ausdehnung des »Kommunismus« mit einer Politik des »containment« zunächst eindämmen und ihn mit dem »roll back« später zurückdrängen. Im Memorandum Nr. 7 des Nationalen Sicherheitsrates der USA, dem obersten militärpolitischen Planungsorgan, vom 30. März 1948 wurde Klartext gesprochen: »Die Niederschlagung der Kräfte des sowjetisch gelenkten Weltkommunismus ist für die Sicherheit der Vereinigten Staaten lebenswichtig. ... Dieses Ziel kann durch eine defensive Politik nicht erreicht werden.«¹³

In der Verbindung von überlegener ökonomischer Potenz, einem breiten Spektrum an bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechten und der relativ offenen westlichen Gesellschaft sowie mit Hilfe eines wirkungsvollen Feldzuges in den elektronischen Medien wurde der östliche Gegner über die Jahrzehnte der Systemauseinandersetzung in einem Zustand der permanenten materiellen und geistigen Anspannung gehalten. Dem war er auf Dauer nicht gewachsen. Nicht wenige Autoren sprechen deshalb vom »Totrüten« des Realsozialismus. Auch der frühere USA-Außenminister Henry A. Kissinger ist überzeugt, daß die Superrüstung von Präsident Reagan der Sowjetunion schließlich »den Todesstoß versetzt« habe.¹⁴ In Wahrheit aber hätte all dies keinen Erfolg haben können, wenn dieser Realsozialismus tatsächlich die zukunftsweisende Gesellschaft verkörpert hätte, wie er es beanspruchte.

Wenn die NATO das wichtigste machtpolitische Instrument des Westens in der Systemauseinandersetzung war, dann nicht mittels klassischer Aggressionspläne – jedenfalls gibt es bis heute keinerlei

Hinweise auf die Existenz solcher Pläne. Bei einem entsprechenden militärischen Kräfteverhältnis hätte sich der Osten wohl viel mehr auf das einzurichten gehabt, was heute mehr und mehr Praxis der NATO wird – auf militärische Politikvarianten unterhalb eines großen Krieges: Flugverbotszonen, ultimative Forderungen nach Stationierung von »NATO-Friedenstruppen«, selektive Luftangriffe, Besetzung von Teiltterritorien, Sperrung von Seegebieten. Dazu war bereits Anfang der sechziger Jahre in den USA mit der Theorie des »crisis managment« in Verbindung mit der 44sprossigen Eskalationsskala des Strategietheoretikers Herman Kahn jener geistige Vorlauf geschaffen worden, der dann auch Eingang in die 1968 offiziell verbindlich gewordene und bis zum Ende der Systemauseinandersetzung gültige NATO-Militärstrategie »flexible response« fand.¹⁵ Daß die NATO jedoch zur Anwendung militärischer Gewalt grundsätzlich bereit war (den nuklearen Erstschatz eingeschlossen), daran ließ zum Beispiel das damalige Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA Richard E. Pipes keinen Zweifel, als er im März 1981 unumwunden erklärte: »Die sowjetischen Führer müssen wählen zwischen der friedlichen Umwandlung des kommunistischen Systems in Richtung auf das westliche Modell oder in den Krieg ziehen.«¹⁶ Auch in der BRD wurde die Diskussion zur Auffassung: »nicht der Frieden ist das Höchste der Güter«¹⁷ besonders von den Konservativen und gerade im Zusammenhang mit der »Nachrüstungs«-Debatte in den achtziger Jahren immer wieder angefacht.

Der Bereitschaft, mit militärischer Macht offensiv Politik zu betreiben, entsprach die NATO-Doktrin der Abschreckung. Man müsse bereit sein, einen Gegner durch angemessene militärische Stärke von einem Krieg gegen die Verbündeten abzuhalten. Da dieser Gegner aber weder die Absicht noch die Möglichkeiten zu einer erfolgversprechenden militärischen Aggression hatte, diente diese Doktrin in der Praxis dazu, immer wieder neue Runden im Wettrüsten zu begründen.

Die zentrale Rolle des Nordatlantikblocks bei der Beseitigung des Realsozialismus wird heute kaum noch hinter den früher üblichen Bedrohungsszenarien verborgen, sondern ab und an schon direkt beim Namen genannt. So schrieb der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses General Klaus Naumann zum 40. Jahrestag der NATO-Mitgliedschaft der BRD: »Ohne den Rückhalt im Bündnis hätten wir auch nicht die Überwindung sowjetischen Strebens nach Vorherrschaft in Europa, den Zusammenbruch des Kommunismus und das Ende der Teilung Europas und Deutschlands erreicht. Unser Bündnis hat einzigartigen historischen Erfolg erzielt, denn mit friedlichen Mitteln gelang es, die Konfrontation zu überwinden und den unterdrückten Völkern Europas den Weg in die von ihnen gewählte Freiheit zu ebnen.«¹⁸ Nachdem nunmehr offen zugegeben wird, daß das Ziel der NATO nicht nur die Eindämmung, sondern die »schließliche Überwindung der sowjetischen Bedrohung«¹⁹ gewesen sei, hält man der NATO auch stolz zugute, daß »die Sowjetmacht in der passiven Konfrontation zerbrach«. Dieser Erfolg der NATO sei der »zweite Entscheidungssieg in Europa seit 1945«

14 Vgl. Jürgen Bruhn: Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion, Gießen 1995, S. 103.

15 Vgl. NATO – Strategie und Streitkräfte, Berlin (DDR) 1980 S. 263-282 (2. Aufl.); Final Decision on MC 14/3. A Report by the Military Committee to the Defence Planning Committee on overall strategic concept for the defence of the North Atlantic Treaty Organization area, in: Gregory W. Pedlow (Hrsg.): NATO Strategy Documents, Brüssel 1997, S. 345-370.

16 Wer torpediert die Genfer Verhandlungen? Tatsachen und imperialistische Selbstzeugnisse beweisen USA-Obstruktionspolitik, in: Neues Deutschland, vom 18. November 1983; Archiv der Gegenwart, Sankt Augustin 1983, S. 26463. Der damalige Außenminister und vorherige Oberste Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, General Alexander M. Haig, erklärte in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 11. September 1981 in gleichem Geiste, daß es Wichtigeres gebe als den Frieden. Dem stimmte sein früherer Amtskollege Kissinger »im Prinzip« zu. Vgl. Die Philosophie des Friedens gegen die Ideologie des Krieges, Berlin (DDR) 1984, S. 148, 251.

17 So der Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg, Basiliius Streithofen, in einer Adresse an den CDU-Bundesparteitag 1981. Zit. nach Karen Schönwälder: Frieden wollen wir doch alle. Konservative Reaktionen auf die Friedensbewegung der 80er Jahre in der Bundesrepu-

blik, in: Reinhard Kühnl, Karen Schönwälder (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart, Köln 1986, S. 267.

18 Klaus Naumann: Solidarisch handeln, Risiken teilen, in: bundeswehr aktuell, Nr. 33, 9. Mai 1995, S. 3.

19 Werner Link: Die NATO im Geflecht internationaler Organisationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 11/1999, 12. März 1999, S. 11.

20 Lothar Rühl: Ein halbes Jahrhundert Nordatlantische Allianz, in: Ebenda, S. 5f.

21 Vgl. Konstantin Borissow, Grigori Vitaljew: Pakt gegen den Krieg, in: Neue Zeit (Moskau), Nr. 24/1979, S. 24.

22 US-Präsident Truman warnte 1950: »1932 war das System der privaten Unternehmen beinahe zusammengebrochen. Wenn wir den Kampf zwischen Freiheit und Kommunismus gewinnen wollen, müssen wir solch eine Rezession nicht wieder zulassen.« Norbert Wiggershaus schätzt ein: »Tatsächlich dominierte bei den westlichen Mächten die Furcht vor einem Umsturz des Gesellschaftssystems, hervorgerufen durch wirtschaftliche und soziale Krisen, den Einfluß und die Anziehungskraft des Kommunismus in Westeuropa sowie gezielte Infiltration nebst politischem und wirtschaftlichem Druck aus Moskau.« Norbert Wiggershaus: Nordatlantische Bedrohungs-

gewesen, der deswegen so vollkommen ausgefallen wäre, »weil alle Ziele erreicht wurden«. Die »Konfrontation (endete) nicht nur in der Niederlage des Gegners, sondern in dessen Staatsuntergang und mit der Auflösung von dessen Bündnissen«²⁰. Ohne Umschweife wird also vom »Sieg der NATO« gesprochen, ein Wort, das nur dann Sinn hat, wenn es eine entsprechende Absicht gab. Diese lag im übrigen auch der vom Westen seit dem Harmel-Bericht von 1967 betriebenen Doppelstrategie »Rüsten und Verhandeln« zugrunde, mit der der Weg für das partielle Eingehen des Westens auf die Entspannungspolitik geebnet wurde. Heute kann an Hand von Dokumenten nachgewiesen werden, daß damit vor allem »die Überwindung des status quo« erreicht werden sollte. Dies geht auch aus der Studie des BRD-Außenministeriums »Überlegungen zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung« hervor, die 1969 entstand. Es spricht somit vieles dafür, daß der Nordatlantikblock keinen ursächlich defensiven, sondern exterminatorischen Charakter trug.

Viertens: Mit der Gründung der NATO, auf die von sowjetischer Seite mit der Schaffung der Warschauer Vertragsorganisation reagiert wurde, wurde die bislang größte Aufrüstungsspirale der Weltgeschichte in Gang gesetzt. Sie erfaßte nicht nur beide Militärblöcke, sondern riß auch die meisten anderen Staaten der Erde in der einen oder anderen Form mit in den Strudel. Bis 1979 hatten Rüstung und Krieg seit 1945 schon ca. 6,5 Billionen Dollar verschlungen.²¹ 1985 erreichten dann die Weltmilitärausgaben mehr als eine Billion Dollar im Jahr.

Wohl gab es bei dem, was sich zwischen West und Ost bis 1989/90 abspielte, eine wechselseitige Rüstungsdynamik. Dennoch hatten wir es nicht mit einem Rüstungswetlauf im eigentlichen Sinne zu tun. Die entscheidenden Initiativen gingen fast ausschließlich von den USA bzw. der NATO aus. Es gab nur zwei Ausnahmen: Die UdSSR hatte am 12. August 1953 die Nase vorn bei der erstmaligen Zündung einer transportablen Kernfusionswaffe und am 4. Oktober 1957 beim erfolgreichen Start von »Sputnik 1« – faktisch einer Interkontinentalrakete. Die Militärmacht des Ostens war aber nie wirklich die Bedrohung für den Westen. So absonderlich es heute klingen mag: Als die eigentliche Bedrohung empfand das westliche Establishment über lange Jahrzehnte den Angriff auf den Hegemonialanspruch des Kapitalismus und die davon ausgehende »Bedrohung« seiner Zukunft durch einen gesellschaftlichen Gegenentwurf. Große Befürchtungen bestanden gegenüber dem vermuteten inneren Potential des Staatssozialismus, besonders dann, wenn der Kapitalismus noch einmal in eine große Depression geraten sollte.²² Schon 1947 sorgten die Westmächte deshalb dafür, daß die Kommunistischen Parteien aus den Regierungen in Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien gedrängt wurden. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr diesem Teil der Linken in Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Österreich und San Marino. Bis 1948 verschwanden die Kommunisten auch aus der letzten der westdeutschen Landesregierungen (Nordrhein-Westfalen), in denen die KPD bis dahin vertreten war. Mit den ökonomischen und technologischen Leistungen der Sowjetunion Ende der fünfziger

und in den sechziger Jahren, die sich vor allem in der Weltraumtechnik manifestierten, trat die gesellschaftliche Herausforderung des anderen Systems nochmals und lang andauernd in das Bewußtsein der westlichen Staats- und Wirtschaftslenker.

Fünftens: Nach der Gründung der NATO entstand ein ganzes System von Militärblocken in aller Welt. Die wichtigsten von ihnen waren die SEATO (1954-1977 mit Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, Philippinen, Thailand, USA), der Bagdad-Pakt (1955-1959) und die CENTO (1959-1979 mit Großbritannien, Iran, Pakistan, Türkei, USA/kein Vollmitglied; beim Bagdad-Pakt zusätzlich Irak) sowie ANZAM (1949 gegründet mit Großbritannien, Malaysia, Singapur, Australien, Neuseeland), ANZUS (1951-1986 mit USA, Australien, Neuseeland) und ANZUK (1971 gegründet mit Australien, Neuseeland, Großbritannien, Malaysia, Singapur). Sie alle wurden direkt oder indirekt von den USA beherrscht. Kern dieses Bündnissystems war die NATO selbst. Zusammen mit einem umfangreichen Stützpunktnetz, das NATO-Staaten in aller Welt unterhielten – allein die USA verfügten z. B. Mitte der siebziger Jahre über mehr als 2.700 Militärbasen in rund 40 Ländern, auf denen etwa 500.000 Militärangehörige stationiert waren –, war damit der realsozialistische Gegner von allen Seiten umschlossen. Seine potentiellen Bündnispartner in der Dritten Welt wurden militärisch in Schach gehalten bzw. in Kriege und Konflikte verwickelt.

Diese Richtung der Militärblockpolitik wird auch mit der »NATO II« fortgesetzt: Der Nordatlantikpakt, der schon Anfang der fünfziger Jahre das (gescheiterte) Projekt einer Europaarmee aktiv vorangetrieben hatte, ist Ziehvater der Umwandlung der Westeuropäischen Union in ein in die Europäische Union eingegliedertes Militärbündnis. Das soll bis Ende 2000 erreicht sein, wobei der neue Militärblock auf die militärische und infrastrukturelle Unterstützung der NATO angewiesen bleiben wird.

Sechstens: Die NATO, ihre Führungsmächte und andere Mitgliedstaaten waren in den letzten 50 Jahren eine aktive Stütze des Kolonialismus und Neokolonialismus und führten unter Rückgriff auf NATO-Strukturen Kriege und militärische Konflikte in aller Welt. Artikel 6 des NATO-Vertrages in seiner Fassung vom 4. April 1949 bezeichnete »die algerischen Departements Frankreichs« als Vertragsgebiet,²³ womit sich die Bündnispartner hinter die Pariser Kolonialpolitik stellten. Allein in den folgenden 30 Jahren gab es mehr als 150 lokale militärische Konflikte, in denen einzelne bzw. (etwa zu einem Drittel der Aktionen) mehrere NATO-Staaten oder ihre direkten Verbündeten involviert waren.²⁴ Waffenlieferungen und andere militärische Unterstützung, Nachlässe bei der Finanzierung gemeinsamer Vorhaben des Bündnisses, die Abgabe von Aufklärungsdaten durch NATO-Einrichtungen über die Gegner und die Bereitstellung von Infrastrukturanlagen des Paktes waren die wichtigsten Instrumentarien, mit denen das Nordatlantische Bündnis Mitgliedsstaaten (vor allem in den Kolonialkriegen), aber auch befreundete Regimes in aller Welt unterstützte. All das war überwölbt von einer uneingeschränkten politischen Rückendeckung. Durch diese Politik der NATO wurde die Entkolonialisierung in der

perzeptionen im »Kalten Krieg« 1948-1956, in: Klaus A. Maier, Norbert Wiggershaus (Hrsg.): Das Nordatlantische Bündnis 1949-1956, München 1993, S. 24.

23 Vgl. NATO – Chronik, Fakten, Dokumente, Berlin (DDR) 1983, S. 15.

24 Vgl. Robert E. Osgood: Limited War Revisited, Boulder 1979, S. 16. Von 1945 bis 1970 waren allein die NATO-Mächte USA, Großbritannien, Frankreich und Portugal an insgesamt 60 militärischen Aktionen beteiligt. Der Hauptanteil entfiel mit 26 Interventionen und zusammen 73 Kriegsjahren auf die USA. Vgl. Ein Anti-Weißbuch. Materialien für eine alternative Militärpolitik, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 26.

Dritten Welt um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verzögert. Zugleich wurden in offenem Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten nicht genehme Regimes mit Waffengewalt bekämpft und ›hinweggeputscht‹.

Bereits lange vor den jüngsten Entwicklungen gegen Jugoslawien, mit denen die NATO erstmals als Gesamtorganisation militärisch aktiv wurde, gab es energische Anstrengungen in diese Richtung. Sie wurden von der kritischen Öffentlichkeit jedoch kaum wahrgenommen. Von jeher galt, was der Oberste Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, General Haig, 1978 erklärte: »NATO-Interessen überschreiten das NATO-Gebiet«²⁵. Eine Zäsur wurde schließlich 1981/82 erreicht, als der NATO-Rat auf Drängen der USA eine Leitlinie für militärische Aktionen außerhalb des Vertragsgebietes beschloß.²⁶ Im Kommuniqué des obersten NATO-Gremiums am 10. Juni 1982 stellten die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses dazu verklausuliert fest, »daß Entwicklungen außerhalb des NATO-Gebiets unsere lebenswichtigen Interessen bedrohen können« und daß sie in dieser Hinsicht »gemeinsame Ziele« verfolgten.²⁷ Die diesbezüglichen Bestrebungen liefen jedoch ins Leere, weil der West-Ost-Konflikt den Großteil der militärischen Kräfte band, die politische Aufmerksamkeit auf sich zog und eine Reihe von Bündnispartnern nicht bereit war, dem Kurs der USA zu folgen.

Der Antrieb für alle Aktivitäten, auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes militärisch handlungsfähig zu werden, ist bis heute der gleiche geblieben: Die Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen. Es gehe, so sagte das Mitglied des USA-Kongresses Michael T. Klare 1974, »noch immer darum, unsere oberste Machtposition auf dem Planeten, ob auf militärischem oder wirtschaftlichem Gebiet, zu erhalten und unsere Kontrolle über die ausländischen Märkte und die Rohstoffquellen ... zu verstärken«²⁸. Freimütig konnte deshalb beim Zusammenbruch des Realsozialismus auch die künftige Alternative für die NATO so formuliert werden: »Out of area or out of business«²⁹.

Siebertens: Über Jahre und Jahrzehnte hinweg stützte der Nordatlantikpakt diktatorische und sogar faschistische Regimes in aller Welt, darunter in den NATO-Staaten selbst. Das faschistische Salazar-Regime Portugals gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Bündnisses. Nichts wurde gegen die Militärputsche in der Türkei 1960, 1971 und 1980 unternommen. Die undemokratische türkische Innenpolitik und die Verfolgung bzw. militärische Bekämpfung von nationalen Minderheiten wie den Kurden wird bis auf den heutigen Tag toleriert. Bewaffnung und Ausrüstung werden zu Vorzugsbedingungen an Ankara geliefert. 1967 unterstützte die NATO die Errichtung einer Militärdiktatur in Griechenland, die bis zu ihrem Ende 1974 zu den schlimmsten in Europa gehörte.

Enge Beziehungen wurden zu autokratischen Regimes in Nicht-NATO-Ländern unterhalten, darunter vor allem zu Franco-Spanien, zum rassistischen Südafrika und zu den blutigen Militärdiktaturen in Brasilien, Chile und Argentinien.

25 General Haig: NATO-Interessen überschreiten das NATO-Gebiet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Januar 1978.

26 Vgl. Lothar Rühl: Ein halbes Jahrhundert ..., a. a. O., S. 4.

27 Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 66, 30. Juni 1982, S. 583; NATO-Staaten und militärische Konflikte, Berlin (DDR) 1988, S. 357.

28 Michael T. Klare: Die amerikanische Militärstrategie nach Vietnam, in: Le monde diplomatique, März 1974.

Zit. nach Gerd Münch: Zu einigen neuen Gesichtspunkten der Militärstrategie der USA, in: NATO gegen Sicherheit und Entspannung in Europa, Potsdam 1974, S. 106.

29 Lothar Rühl: Ein halbes Jahrhundert ..., a. a. O., S. 7.

Im Selbstverständnis der NATO wird immer wieder darauf verwiesen, daß die NATO nicht nur ein Militärpakt, sondern vor allem eine Wertegemeinschaft sei. In der Präambel des Nordatlantikvertrages (und später in zahllosen Erklärungen und Kommunikqués) wird betont: Die Parteien »sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten«. Auf dem Altar der Systemauseinandersetzung und anderer politischer Intentionen sind diese Prinzipien mindestens beschädigt worden und haben erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Achtens: Die NATO war stets auch ein Bündnis gegen Systemveränderungen im Innern, auch gegen solche, wenn sie auf demokratischer Grundlage erfolgen sollten. Bereits im Vorfeld seiner Gründung hatten die Initiatoren des Blocks mit bewaffneter Gewalt erfolgreich in den griechischen Bürgerkrieg (1946-1949) zugunsten der Rechtskräfte eingegriffen. Und schon in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre beginnend wurde eine scharfe repressive Kampagne gegen Linkskräfte entfacht, die im McCarthyismus der USA und im Verbot der KPD in der BRD 1956 ihre Höhepunkte fand. Im Artikel 4 des Nordatlantikvertrages verständigten sich die Mitgliedsländer auf Konsultationen, wenn »die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht sind«³⁰. Dieser Artikel wird mitunter auch als »Eingreifklausel« bezeichnet.

Bereits im Gründungsjahr der NATO erklärte mit US-Außenminister Dean G. Acheson einer ihrer »Väter«, daß revolutionäre Tätigkeit in einem NATO-Land als bewaffneter Angriff auf das gesamte Paktsystem gewertet und entsprechend geahndet werde.³¹ Militärische Planungen der USA verlangten in diesem Sinne die »Entwicklung von Programmen zur inneren Sicherheit und zur zivilen Verteidigung«. In der Folgezeit wurden spezielle Organe geschaffen – wie zum Beispiel 1955 der Oberausschuß für zivile Notstandsplanung –, die sich mit der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt in Krise und Krieg beschäftigen. Das »Action Committee 46«, ein Unterausschuß des NATO-Sicherheitsausschusses, befaßt sich speziell mit der Koordinierung militärischer, geheimdienstlicher und anderer Maßnahmen gegen den »inneren Feind«.

Die »NATO I« gehörte zu einer internationalen Ordnung, in der ein funktionales – nicht numerisches – Gleichgewicht der militärischen Kräfte und des Schreckens herrschte. Unter dem Damoklesschwert nuklearer Selbstvernichtung bescherte es Europa nichtsdestoweniger die längste Friedensperiode seiner Geschichte. Dies nicht zuletzt deshalb, weil diese Ordnung auch auf notwendigem Ausgleich und Kompromiß beruhte. In den letzten Jahren der Systemauseinandersetzung kam die gemeinsame Erkenntnis in Ost und West hinzu, daß mit militärischer Gewalt politische Probleme nicht dauerhaft gelöst werden können. Diese Ergebnisse haben zu einer Art Gewohnheitsverpflichtung zu militärischer Zurückhaltung geführt. Ihre Beachtung nach dem Ende des West-Ost-Konflikts hätte eine Zukunft des Friedens und der Prosperität eröffnen können.

30 Zit nach NATO – Chronik ..., a.a.O.

31 Vgl. Karl Hubert Reichel: Wie macht man Kriege? ..., a.a.O., S. 194.

32 Durch die Osterweiterung der NATO wuchs der Streitkräfteumfang der Bündnisstaaten auf 4,22 Millionen Mann bei einer Bevölkerung von nunmehr 773,5 Millionen und einer Gesamtfläche der Bündnisstaaten von 23.329.828 qkm.

33 Vgl. NATO – Chronik ..., a.a.O.

34 Jan Kuebart, Tilo Maedler: Globale Intervention oder Sicherheit in und für Europa? Zur zukünftigen Rolle der NATO, in: Soldat und Technik, Heft 6/1999, S. 331. Im offiziellen Informationsdienst zur Sicherheitspolitik wurden diese Interessen wie folgt umrissen: »Die Sicherheit des Bündnisses muß ... den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von ... Risiken umfassender Natur berührt werden, einschließlich Terrorakte, Sabotage und organisiertes Verbrechen sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen«. Rolf Clement: Die neue NATO, in: Der Mittler-Brief, 2. Quartal 1999, S. 5.

35 »Aggression ist bewaffnete Gewalt, die ein Staat gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates anwendet oder die in irgendeiner anderen Weise mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist ...« Als Aggressionshandlung gilt unter an-

Die »NATO II« – als global player

Mit dem Scheitern des Staatssozialismus zerbrach eine der Säulen des Nachkriegssystems und der relativen Stabilität in Europa. Eine gesamt europäische Friedensordnung hätte an seine Stelle treten müssen, um Sicherheit, ohne exklusive Militärpakte, dauerhaft zu garantieren.

Statt dessen wird die NATO ausgebaut – gegen den Rest der Welt. Die »NATO I« wird zur »NATO II«. Damit erfährt die NATO eine dreifache Erweiterung:

Erstens dehnte sie sich territorial nach Osten aus, indem die drei früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO eintraten und mit Bulgarien, Rumänien und der Slowakei sowie einigen nicht-russischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion weiteren Warschauer-Vertrags-Mitgliedern mittelfristig die Aufnahme in Aussicht gestellt wurde. Das war der bislang wichtigste Schritt zur Vorherrschaft der NATO über den »alten« Kontinent und zur Marginalisierung der Großmacht Rußland, nachdem die gesellschaftliche Transformation in Mittel- und Osteuropa, der Zerfall des Warschauer Vertragsbündnisses – kurz: der Umsturz der europäischen Nachkriegsordnung – dafür die Weichen gestellt hatten.³²

Zweitens erweiterte sie den von ihr gemäß Nordatlantikvertrag von 1949 beanspruchten räumlichen Zuständigkeitsbereich. Dieser beschränkte sich nach Artikel 6³³ bis dato auf die Staatsgebiete der Vertragspartner sowie den Nordatlantik und endete im wesentlichen an den Randmeeren der Mitgliedsstaaten bzw. im Süden am Wendekreis des Krebses. Mit ihrem neuen »Strategischen Konzept« vom April 1999 wird die NATO von einem transatlantischen (zwar überregionalen, aber eingegrenzten) militärisch-politischen Bündnis zu einem solchen ohne geographische Begrenzung. Das ist ein in der Geschichte einzigartiger Vorgang.

Drittens erweitert die NATO mit dem neuen »Strategischen Konzept« ihr Aufgabenspektrum. War es laut Präambel des Nordatlantikvertrages bisher auf die gemeinsame Verteidigung und die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit festgelegt, so soll die NATO jetzt »zur umfassenden Verteidigung amerikanischer und europäischer Interessen in der Welt befähigt werde(n)«³⁴. Ausdruck dessen war die Aggression gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999. Die NATO führte zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Krieg – und zwar einen Angriffskrieg unter Bruch des Völkerrechts, anderer internationaler Vereinbarungen, nationaler Verfassungen und weiteren nationalen Rechts von NATO-Mitgliedstaaten.³⁵

Das Ergebnis all dessen wird von weltpolitischer Bedeutung sein. Die NATO ermächtigt sich zum Fundament der europäisch-atlantischen kapitalistischen Industriestaaten mit erdumspannendem politisch-militärischen Ordnungsanspruch, sie wird »global player«, sie wird zudem das Schutz- und Trutzbündnis der Reichen gegen die Armen dieser Welt.

Was wir erleben, sind erst die Anfänge eines langfristigen Prozesses hin zu »globaler Handlungsfähigkeit zur Wahrung eigener sicherheitspolitischer Interessen«³⁶. Mit der Speerspitze ihrer Führungsmacht USA strebt die NATO dabei das Primat gegenüber

den Vereinten Nationen, aber auch über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an – was in der Selbstmandatierung des Nordatlantikblocks für den Krieg gegen Jugoslawien den prägnantesten Ausdruck fand. All das widerspiegelt den Übergang von der Bipolarität der Welt nach 1945 zur Unipolarität. Die NATO ist offensichtlich entschlossen, den unausweichlich immer stärker aufbrechenden sozioökonomischen Konflikten weltweit äußerstenfalls auch mit militärischen Mitteln zu begegnen. Die Hemmschwelle für militärischen Interventionismus sinkt. Die »NATO II« wird – wer wollte daran nach dem Balkankrieg noch zweifeln – bereit sein, zur Durchsetzung eigener Interessen und Wertvorstellungen offensiv und aggressiv militärische Gewalt einzusetzen. Nicht wenige denken schließlich, daß das Bündnis im Extremfall überdies als Ordnungsfaktor im Innern auftreten würde – ein Aspekt, der in der öffentlichen Diskussion zu meist unterbelichtet ist.

Militärische Macht bleibt zwar – in den Worten des früheren Generalinspektors der Bundeswehr Admiral Armin Zimmermann – »Standbein« der Politik, wird aber auf diese Weise zunehmend auch wieder zu ihrem »Spielbein«³⁷.

Die »NATO I« war auf den Sieg über die andere Seite gerichtet. Das war die Voraussetzung für die Wiedereroberung der Weltherrschaft des Kapitals. Diese Wiedereroberung ist heute erreicht. Nun geht es um nichts anderes als um die politische und ökonomische Ausnutzung dieses Zustandes. Wesensinhalt der »NATO II« ist die Erhaltung und Verwertung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, die sich in einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung bzw. in einer ebenso ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie in adäquaten Machtverhältnissen ausdrücken. Das wird auch nicht dadurch geändert, daß die Mehrheit der Bevölkerung in den NATO-Staaten diese Machtverhältnisse mitträgt – sei es aus Überzeugung, Fehlinformiertheit oder einfach nur aus Desinteresse.

derem: Die »Bombardierung des Territoriums eines anderen Staates durch die Streitkräfte eines Staates oder der Einsatz jeglicher Waffen durch einen Staat gegen das Territorium eines anderen Staates ...«

Resolution 3314 der XXIX. UNO-Vollversammlung vom 14. Dezember 1974; zit. nach UNO-Bilanz 1974/75, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1975, S. 205f.

36 Jan Kuebart, Tilo Maedler: Globale Intervention ..., a. a. O., S. 335.

37 Vgl. Armin Zimmermann: Die Rolle der Streitkräfte im Rahmen des Doppelkonzepts »Verteidigung und Entspannung« des Nordatlantischen Bündnisses, in: Wehrkunde, Heft 2/1973, S. 59f.; Schützt uns die NATO noch? Gespräch mit dem Generalinspekteur Armin Zimmermann, in: Deutsche Zeitung/Christ und Welt, Nr. 12, 23. März 1973, S. 6.